

Hessen braucht ein  
gerechtes **Bildungssystem**



**DIE LINKE.**  
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

## **BILDUNG IST EIN MENSCHENRECHT!**

Jeder Mensch muss freien und gleichen Zugang zu Bildung haben. Deshalb will DIE LINKE, dass Bildungsangebote kein Geld kosten. Wir wollen Gebührenfreiheit in Kitas, in allen Schulen, in der Ausbildung, an den Hochschulen und in der Erwachsenenbildung. Das gilt auch für Lehr- und Lernmittel, Schulspeisung sowie Schülerbeförderung.

## **KOSTENFREIE BILDUNG VON ANFANG AN!**

Wie wichtig es ist, Kinder früh zu fördern, ist unbestritten. Der Zugang zu frühkindlicher Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb fordert DIE LINKE Gebührenfreiheit bei Kitas, Kinderkrippen und in der Kindertagespflege. Genauso wichtig ist, dass das Land Hessen fachliche und personelle Mindeststandards vorgibt. Frühkindliche Bildung ist in Hessen eine kommunale Aufgabe. Also muss die schwarzgrüne Landesregierung den Kommunen

ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Nur dann wird Qualität erreicht: Ausbau der Kitas und mehr gut ausgebildetes pädagogisches Personal.

## **EINE SCHULE FÜR ALLE!**

Eine gute Schule ist für ALLE Kinder da! Es darf keine Ausschlusskriterien geben. Weder Geschlecht, Behinderung, Familienstand, Aufenthaltsstatus, Herkunftsland, Herkunftssprache noch Religionsbekenntnis dürfen eine Rolle spielen. Und schon gar nicht, ob die Eltern wohlhabend oder finanzschwach sind.

DIE LINKE hat das Ziel, dass in der Schule alle Kinder gemeinsam lernen – von der ersten bis zur zehnten Klasse. Erst danach gehen die Jugendlichen in unterschiedliche weiterführende Bildungsgänge.

Das derzeitige mehrgliedrige Schulsystem lehnen wir ab. Vielmehr müssen Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen die Regel werden – ohne Ziffernoten und Hausaufgaben.

Schulgeld darf es nicht geben: weder für schulische Angebote am Nachmittag noch für Arbeitsgemeinschaften.

Privatschulen stehen wir skeptisch gegenüber. Zumindest gilt es, das Sonderungsverbot endlich strenger zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.

### **WENIGER ELITEBILDUNG – MEHR CHANCENGERECHTIGKEIT**

Die hessischen Hochschulen platzen aus allen Nähten. Die schwarzgrüne Landesregierung setzt eher auf Elitebildung und erschwert den Zugang zum Studium.

Im Gegensatz dazu will DIE LINKE eine Erweiterung und bessere Ausstattung der Hochschulen. Wir begrüßen das Promotionsrecht an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften und möchten dort vor allem den Bereich Forschung stärken. Für Menschen mit Berufsausbildung und ohne Abitur müssen die Zugangsmöglichkeiten vereinfacht werden.

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen sind unzumutbar! Die Abhängigkeit von Drittmitteln muss unterbunden werden. Eine verlässliche und solide Grundfinanzierung ist zwingend nötig.

Nur so können Hochschulen ihre Aufgaben auf hohem Niveau und in gesellschaftlicher Verantwortung erfüllen. Nur so eröffnen sich dem wissenschaftlichen Nachwuchs Zukunftsperspektiven.

### **VOLKSHOCHSCHULEN AUSBAUEN**

Nachdem einige Kreise und Kommunen dem Schutzschirm und der Hessenkasse beigetreten sind, wurde der Rotstift im Bereich der Volkshochschulen angesetzt. Gebühren wurden erhöht, Kurse gestrichen und Personal eingespart.

DIE LINKE hingegen fordert den Ausbau der Volkshochschulen und eine solide Grundfinanzierung. Sie sollen weiterhin in der Lage sein, Fort- und Weiterbildungskurse, politische Bildung oder Seminare für den Bildungsurlaub anzubieten.

## GANZTAGSSCHULEN ÜBERALL

Am besten werden Kinder in Ganztagschulen gefördert. Auch kann diese Schulform herkunftsbedingte Unterschiede am ehesten ausgleichen. Darin sind sich Erziehungswissenschaftler\_innen und Pädagog\_innen weitgehend einig. Deshalb will DIE LINKE den Umbau zu Ganztagschulen beschleunigen. Auch hier wollen wir kein Sparprogramm, wie den ‚Pakt für den Nachmittag‘ der Landesregierung. Hessen braucht Ganztagschulen mit kleinen Klassen, rhythmisiertem Unterricht und gemeinsamem Mittagessen. Sport und Neigungsgruppen werden in den Lehrplan einbezogen.



## MULTIPROFESSIONELLE TEAMS AN ALLEN SCHULEN!

Integration und Inklusion gelingen nur, wenn es an allen Schulen multiprofessionelle Teams gibt.

Das heißt, Lehrerinnen und Lehrer arbeiten mit Sozialpädagog\_innen, Therapeut\_innen, Schulpsycholog\_innen oder Berufscoaches zusammen.

Derzeit sind Lehrkräfte oft mit den vielfältigen Aufgaben in den Schulen überlastet.

In multiprofessionellen Teams entlasten und unterstützen sich unterschiedliche Professionen gegenseitig.

## **GUTE AUSBILDUNG – GERECHTE BEZAHLUNG**

An hessischen Schulen sind mehr Lehrkräfte nötig! Und ihre Ausbildung muss sich verändern und verbessern, damit die gewachsenen Anforderungen auch bewältigt werden können. Zu einer guten Arbeit gehört auch eine angemessene Bezahlung! Die schwarzgrüne Landesregierung darf die Grundschullehrkräfte nicht schlechter bezahlen als die Sekundarstufen-Lehrer\_innen. Daher: A13 für Alle!

## **BERUFLICHE SCHULEN STÄRKEN**

Berufliche Schulen unterrichten seit Jahren Schüler\_innen mit unterschiedlicher Vorbildung und unterschiedlicher Herkunft. Selten ist dafür die personelle und technische Ausstattung ausreichend. Auch berufliche Schulen benötigen genügend finanzielle und personelle Ressourcen für Integration und Inklusion.

DIE LINKE will das duale System der Berufsbildung ausbauen. Deswegen

darf die technische Ausrüstung der beruflichen Schulen nicht der Ausstattung in den Betrieben hinterherhinken. Jugendliche, die besondere Förderung benötigen, sollten eine Produktionsschule besuchen können. Die vielen berufsvorbereitenden Maßnahmen sind genauestens auf ihre Erfolgsaussichten zu prüfen, damit sie nicht reine Aufbewahrungsmaßnahmen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz sind. Um kleine Ausbildungsbetriebe zu unterstützen und Großbetriebe in gesellschaftliche Verantwortung zu nehmen, will DIE LINKE eine Ausbildungsplatzumlage einführen.

## **STÄRKEN NUTZEN!**

Wir möchten, dass die Herkunftssprache an hessischen Schulen als Fremdsprache anerkannt wird. Der herkunftssprachliche Unterricht muss ausgebaut werden. Auch Integrations- und Sprachkurse für Geflüchtete sind sehr wichtig.

Sprachkenntnisse erleichtern die Integration in unsere Gesellschaft.

Mehrsprachigkeit ist eine Stärke und kein Problem!

## **INKLUSION STATT SPARPROGRAMM**

Bildung muss inklusiv sein. Das heißt: alle Kinder werden individuell gefördert und gemeinsam unterrichtet. So sieht es die UN-Behindertenrechtskonvention vor. Leider verhindert die schwarzgrüne Landesregierung einen flächendeckenden und verbindlichen inklusiven Umbau des hessischen Schulsystems.

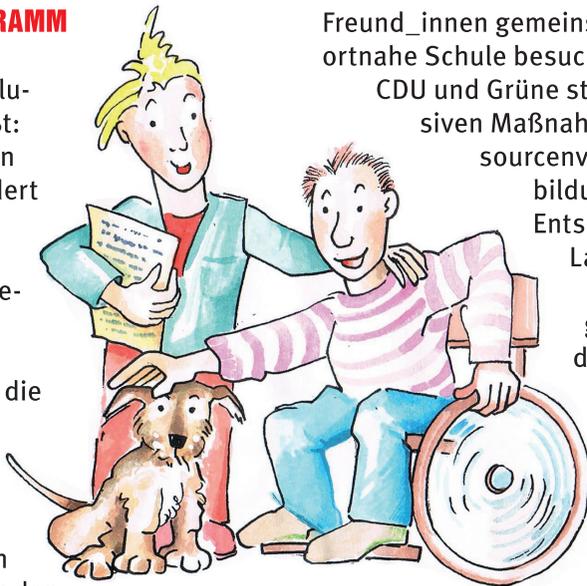
Bereits vorhandene Standards, wie im Gemeinsamen Unterricht, wurden sogar abgebaut. Mit der letzten Änderung des Schulgesetzes 2017 wurden Schwerpunktschulen geschaffen.

Dort werden Kinder mit Behinderung oder Beeinträchtigung zusammengefasst. Sie werden weiter ausgesondert und können nicht mit ihren Freund\_innen gemeinsam eine wohnortnahe Schule besuchen.

CDU und Grüne stellen alle inklusiven Maßnahmen unter Ressourcenvorbehalt. Diese bildungspolitischen Entscheidungen der Landesregierung sind also nicht garantiert, sondern unterliegen ökonomischen Interessen.

**SCHULEN  
BEDARFS-  
GERECHT  
AUSSTATTEN**

Von einer bedarfsgerechten Ausstattung aller Schulen ist Hessen weit entfernt. Hier muss gegengesteuert werden! Das Land muss mehr Lehrkräfte, mehr Schulsozialarbeiter\_innen und mehr Schulpsycholog\_innen ausbil-



den und einstellen. Schulen müssen so ausgestattet sein, dass jedes Kind wohnortnah und entsprechend seiner Bedürfnisse gefördert, betreut und unterrichtet werden kann.

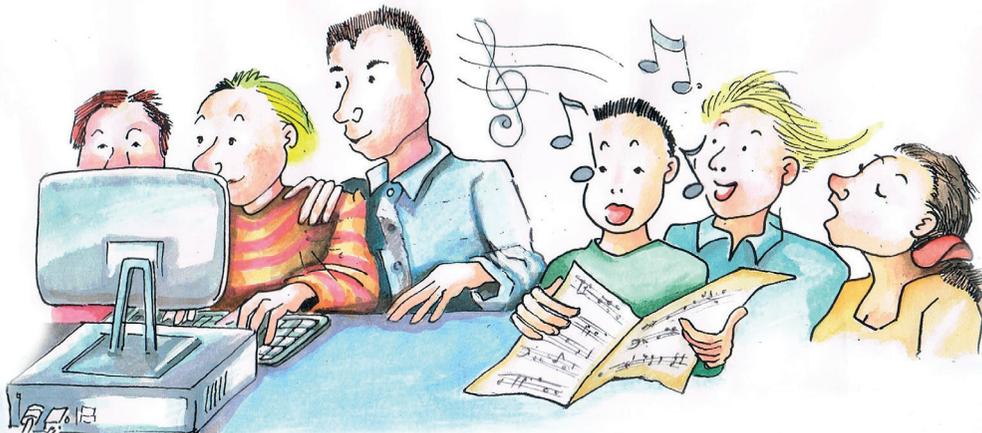
Auch die Schulträger (Landkreise und Städte) müssen für inklusive Schulen sorgen. Das Land muss sie durch einen gerechten kommunalen Finanzausgleich in die Lage versetzen, Neubauten und Renovierungen an ihren Schulen zu leisten.

Dies wäre auch eine Chance für die ländlichen Regionen, denn Schulen

würden nicht mehr geschlossen. Familien bräuchten sich um die Ausbildung ihrer Kinder keine Sorgen machen und damit würde der Landflucht entgegengewirkt.

## **BILDUNG IST KEINE WARE**

Schulen sind keine Wirtschaftsbetriebe und gehören in öffentliche Hand! Bildung ist keine vermarktungsfähige Ware – sondern ein Menschenrecht. Der Erfolg eines Bildungssystems kann und darf nicht in Geld oder nach ökonomischer Verwertbarkeit bemessen werden.



## IMPRESSUM

### HERAUSGEBERIN

JANINE WISSLER

DIE LINKE. Fraktion im Hessischen  
Landtag | Schlossplatz 1–3  
65183 Wiesbaden

### GRAFIK, SATZ UND LAYOUT

Hanna Hoefl

### ZEICHNUNGEN

Gabi Faulhaber

